

LEITARTIKEL

Robert Boyers

Revisiting Political Correctness

Es gibt nur wenige Ideen, die heutzutage gleichzeitig so geläufig und abgedroschen sind wie „political correctness“. Niemand, der die amerikanische Szenerie der letzten Jahrzehnte kennt, kann bestreiten, dass dieses Thema mehr oder weniger zu Tode geredet worden ist. Herausgekommen ist dabei letztlich nur, dass es nicht einmal klug ist, mit dem Ausdruck Dinge zu beschreiben, die nach einem solchen Begriff geradezu schreien. Man kann dem französischen Philosophen *Bernard-Henri Levy* einerseits nur zustimmen, wenn er sich für den Begriff „political correctness“ ausspricht und mit ihm „gutes Benehmen“ und einen Geist der Toleranz meint, der die Leute in einer zivilen Gesellschaft daran hindert, Menschen, die anders sind als sie selbst, zu beschimpfen. Wenn man andererseits nur so über „political correctness“ redet, heißt das, die furchtbaren Dinge ignorieren, die ständig in ideologisch intoleranten und repressiven Ländern passieren. Ich bin wie *Levy* dankbar, dass mir ethnische Zuschreibungen erspart bleiben, mit denen möglicherweise diejenigen Personen Menschen wie mich bedenken, die sich in einem entsprechenden Umfeld instinktiv darauf beschränken, den Anstand zu wahren. Aber ich bin ganz und gar nicht dankbar, gesagt zu bekommen, dass ich einen „unsicheren Raum“ oder ein „feindliches Umfeld“ dadurch schaffe, dass ich deutlich und mit Nachdruck sensible Themen anspreche, und zwar insbesondere wenn meine Ansichten mit den Ansichten eines Teils der akademischen Zuhörer nicht übereinstimmen, und darüber hinaus auch noch demonstriere, dass ich die Regeln und Standards der politischen Korrektheit nicht in mich aufgenommen habe, die die Hochschulen vorgeschrieben haben. Ich sehe, dass die Atmosphäre in der Universität mehr und mehr vergiftet wird, und ich beobachte, dass sich ein großer Teil meiner Kollegen – mögen sie weiß oder schwarz, jung oder alt sein – davor fürchtet, etwas zu sagen, was möglicherweise irgendjemand dazu bringt, eine Beschwerde zu erheben, obwohl ich selber von Studenten oder Kollegen nie angegriffen oder gar mit einer formellen Beschwerde konfrontiert worden bin. Jedoch, wie abgedroschen und ermüdend die Idee der „political correctness“ auch sein mag, sie hilft uns etwas zu verstehen, was uns heute umgibt, und wenn wir den Begriff aufgeben würden, müssten wir einen anderen finden, um unsere gegenwärtige Situation zu beschreiben.

Typischerweise leugnen die meisten, die „politisch korrekt“ denken und handeln und das auch von anderen erwarten, dass der Begriff irgendetwas mit ihnen selbst und ihren Ansichten zu tun haben könnte. Professoren und andere angeblich gebildete Leute meinen, besser Bescheid zu wissen, als dass sie bei sich selber irgendeine Neigung zu ideologischer Konformität anerkennen würden. An meinem eigenen College hat neulich ein Senior-Professor, der Vorsitzender des mächtigsten Ausschusses des Colleges ist, eine Sondersitzung der Fakultät einberufen, den sog. Allgemeinen Ausschuss. In dieser Sitzung sollte ein Gerücht, von dem er gehört hatte, diskutiert werden, nach dem ein Dutzend seiner Kollegen angeblich einen „geheimen Brief“ an den Präsidenten geschickt hätten. In diesem Brief wiederum empfahlen die Kollegen, dass der Präsident seinen Plan, einen „Pluralitätsbeauftragten“ („Chief Diversity Officer“) zu ernennen, nochmals überdenken sollte, denn Colleges sollten sich gar nicht darum bemühen, über Pluralität „mit einer Stimme zu sprechen“. In seiner veröffentlichten Email charakterisierte der Professor den Brief – und er bestand

darauf, ihn nicht gelesen zu haben – als „spalterisch, ausschließend, demoralisierend und respektlos“, und er bezeichnete „unsere Gemeinschaft“ als „inklusiv“, eine Gemeinschaft, „die für ihre Einigkeit über die Uneinigkeit bekannt ist“. Auf der Sondersitzung, die in einem großen Hörsaal stattfand, wurde den Unterzeichnern des verletzenden Briefes Illoyalität vorgeworfen, und sie wurden beschuldigt, die Bemühungen des Colleges, Professoren und Studenten aus Minderheiten zu rekrutieren, zu hintertreiben. Die Tatsache, dass diejenigen, die die Vorwürfe herunterspielen wollten, den Brief gar nicht gelesen hatten, und dass der Brief selber überhaupt nichts mit der Rekrutierungspolitik zu tun hatte, wenn man von der Ankündigung des Präsidenten einmal absieht, einen „Pluralitätsbeauftragten“ ernennen zu wollen, gab jedoch der Vielzahl von Professoren nicht zu denken, die sich nur zur Idee der „Gemeinschaft“ bekennen wollten.

Die gelehrten Professoren, die sich in der Debatte äußerten, waren damit zufrieden, sich über einen Brief aufzuregen, den sie gar nicht gelesen hatten, und über Kollegen – nur wenige von ihnen gaben sich während des Treffens zu erkennen –, die es gewagt hatten, etwas in Frage zu stellen, was von vielen überzeugten Menschen als ein unzweifelhaft korrekter Konsens betrachtet wurde. Aber, was für ein Konsens? Der Konsens besteht darin, dass es für eine unverschämte Verletzung des Anstands gehalten wird, etwas in Frage zu stellen, was auch nur in der entferntesten Weise mit Rasse oder Identität zu tun hat, wenn es über diese Fragen eine von der Verwaltung in einem ordnungsgemäßen Verfahren gebildete „offizielle“ Meinung gibt. Der von dem Senior-Professor geäußerte Satz, der die ganze Aufregung verursachte, – „Wir sind für die Einigkeit über die Uneinigkeit bekannt.“ – sollte natürlich die offensichtliche Tatsache verbergen, dass Uneinigkeit das Allerletzte ist, was die vielen einflussreichen Professoren an den Hochschulen der Nation bereit sind, zuzugeben und zu dulden. Die Herrschaft der Intoleranz, der sich viele deutlich liberale Professoren heute unterwerfen, ist so tief und allgegenwärtig, dass sie nicht zugeben können, dass eine heimtückische Art von „political correctness“ von ihnen Besitz ergriffen hat. Der gute Professor, der den beleidigenden Brief und damit auch seine Unterzeichner „spalterisch“ und „demoralisierend“ genannt hatte, gab unwissentlich einem Gefühl Ausdruck, das die verschiedenen Arten von „political correctness“ benennt, die zur Zeit die gebildeten Schichten der Vereinigten Staaten beherrschen. Es wird heute für jenseitig und illegitim, als Ausdruck von Anspruchsdenken und Privilegierung, und damit für feindselig gehalten, die offiziellen Meinungen, die in der akademischen Gemeinschaft vorherrschen, in Frage zu stellen, und zwar insbesondere wenn diese Meinungen „sensible“ Probleme betreffen. Die Tatsache, dass die Zweifel meistens von Menschen kommen, die selber Liberale oder Linke sind, von Menschen, die dafür bekannt sind, dass sie sich in den Kämpfen für Pluralität und andere klassisch liberale Themen engagiert haben, diese Tatsache macht ihre Abweichung nur noch schlimmer in den Augen der wutentbrannten „Partisanen“, für die die „Gemeinschaft“ verlangt, dass alle Kollegen sich uneingeschränkt der herrschenden Orthodoxie unterwerfen.

Es ist verlockend, die Kämpfe, die die Hochschulen zur Zeit erschüttern, mit Ausdrücken wie „Politik der Hysterie“ zu belegen, und sich daran zu erinnern, dass Hysterie lange Zeit eine gelegentliche Erscheinungsform des politischen Systems gewesen ist. Aber dann muss man auch feststellen, dass die Geschichte der Intoleranz Erschütterungen mit sich brachte, die alles andere als trivial oder temporär waren, und dass in der Vergangenheit der Ausdruck „political correctness“ nur geschmiedet wurde, um ein politisches Verhalten zu kennzeichnen, das nur einen geringen Einfluss auf das Leben der meisten Menschen hat. Von den Linken wurde der Ausdruck benutzt, um Versuche von Konservativen zu bezeichnen, peinliche Tatsachen totzuschweigen und zu leugnen, dass man darüber ruhig sprechen kann, auch wenn es für sie unangenehm ist. „Political correctness“ war mindestens zwei Jahrzehnte lang – jüngere Leute werden sich kaum daran erinnern können – ein Ausdruck, den die Linken gerne benutzt haben, um die Heuchelei der Politiker und Intel-

lektuellen der Rechten zu brandmarken. Nach der kürzlichen Wahl von *Donald Trump* zum Präsidenten der Vereinigten Staaten werden die Rechten zweifellos in den kommenden Jahren eine politische Grenzziehung versuchen, und dennoch darauf bestehen, dass es erstens eine solche politische Grenze gar nicht gibt und zweitens dass diejenigen, die sie leugnen oder gar überschreiten, sich einer unverzeihlichen Unanständigkeit schuldig machen. Der zu erwartende Angriff wird sich ganz ausdrücklich gegen diejenigen richten, die mit dem Finger darauf hinweisen, dass die amerikanische religiöse Rechte weitgehend von sogenannten „Familienstiftungen“ finanziert werden, deren Ziel es ist, die öffentliche, weltliche Erziehung und Bildung zu beseitigen. Ein einflussreicher Leiter der Evangelikalen erklärte freimütig, Wege finden zu wollen, um „jeden Aspekt des Lebens und jede Institution der menschlichen Gesellschaft“ „christlicher“ Kontrolle zu unterwerfen. Diese Spielart der radikalen Rechten zu hinterfragen, wird zweifellos als Angriff auf die Religion selber bezeichnet werden. Und die Forderung nach politischer Korrektheit wird dazu führen, dass Liberale in der Öffentlichkeit dazu veranlasst werden, von entsprechenden Äußerungen Abstand zu nehmen oder sich zumindest zurückzuhalten.

Aber unser Gefühl dafür, was „political correctness“ meint, hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten wesentlich verändert. In dieser Zeit haben sich nämlich Intellektuelle, die links des Zentrums angesiedelt sind, grundsätzlich geweigert, zuzugeben, dass ihr eigenes Engagement eigentlich ein Angriff auf die klassischen Freiheiten ist, wie sie in Werken wie *John Stuart Mills* „*On Liberty*“ formuliert worden sind. Besonders in den Vereinigten Staaten glauben Professoren, die sich selbst als liberal bezeichnen, weiterhin, dass sie für den Pluralismus und eine offene Debatte eintreten. Und das tun sie, obwohl sie einem totalen Angriff auf die Meinungsfreiheit ins Auge schauen. Sie wiegen sich nämlich in Sicherheit, weil sie mit dem Thema der „political correctness“ eine Haltung eingenommen haben, die ihnen das Gefühl gibt, immer richtig zu liegen. Wenn man links-liberale Professoren – und ich betrachte mich selber immer noch als ein Mitglied dieser gestörten Kaste – mit einem bekannten Zitat aus „*On Liberty*“ konfrontiert, so werden sie sofort sagen, dass *Mill* doch nur etwas meint, was nun wirklich alle von uns seit langem für selbstverständlich halten. NATÜRLICH sind wir der Meinung, dass man sich vor der „Tyrannei der Mehrheit“ schützen muss. NATÜRLICH glauben auch wir: „Es ist von Übel, Meinungen zu unterdrücken oder es auch nur zu versuchen, und zwar noch mehr diejenigen Meinungen, die Widerspruch anmelden als diejenigen die zustimmen, denn das hieße, die Nachwelt zu berauben ebenso wie die Gegenwart. Wenn eine Meinung richtig ist, verlieren sie die Möglichkeit, ihren Irrtum durch die Wahrheit zu ersetzen; wenn eine Meinung falsch ist, verlieren sie eine klarere Wahrnehmung und den lebendigeren Eindruck einer Wahrheit, die durch die Gegenüberstellung mit dem Irrtum entsteht.“ Was ist offensichtlicher als das? NATÜRLICH sind auch wir der Meinung, dass die Gefahr besteht, den Ansichten der eigenen „Partei“, „Sekte“ oder „Klasse“ ungestraft zu folgen. Wer weiß das nicht? Wer von uns weiß nicht, dass sogar offensichtlich aufgeklärte Meinungen, die wir mit anderen gebildeten Menschen teilen, uns nicht dazu berechtigen, diese Meinungen und ihre Anhänger für „unfehlbar“ zu halten. Und trotzdem, irgendwie ist es absurd, etwas infrage zu stellen, was so lange als selbstverständlich galt.

Es ist jedoch keinesfalls offensichtlich, dass die meisten Liberalen sich gegenwärtig zu einer Haltung bekennen, zu der sie nach ihren Erklärungen eigentlich verpflichtet sind. *Mill* scheint bei seinen eigenen Zeitgenossen – vor mehr als 150 Jahren – etwas bemerkt zu haben, was in unserer eignen Kultur heute augenscheinlich ist. „In der gegenwärtigen Zeit“, schreibt *Mill*, „beruhen Meinungen, die vor öffentlichen Angriffen geschützt sind, nicht so sehr auf ihrer Wahrheit als vielmehr auf ihrer gesellschaftlichen Relevanz. Diese Zeit ist schließlich ‚arm an Glauben, aber erschreckt vom Zweifel‘. Die Menschen wissen nicht, wie sie ohne ihre Meinungen überleben können, und zwar unabhängig davon, ob ihre Meinungen nun richtig sind oder nicht.“ Wie

schon *Mill* in seiner Zeit bemerkt hat, verschieben auch heute viele Liberale ihren „Unfehlbarkeitsanspruch“ weg von den Meinungen selber hin zur bloßen Nützlichkeit dieser Meinungen, die nie infrage gestellt wird. Das hat zur Folge, dass „ketzerische Meinungen“ verboten werden und dass diejenigen, die sie äußern, in der einen oder anderen Weise ausgeschlossen werden müssen. Das brennende Verlangen, den scharlachroten Buchstaben auf die Brust derjenigen zu malen, die sich weigern, der offiziellen Doktrin zu folgen, hat von vielen doch offensichtlich liberalen Menschen in der akademischen Gemeinschaft Besitz ergriffen. Eine solche Gemeinschaft ähnelt zunehmend, wie der Kulturkritiker *David Bromwich* bemerkt hat, „einer Kirche, die durch die Hexenverfolgung zusammen gehalten wird.“

Als *Mill* über die Gefahr schrieb, die die Gedanken- und Kommunikationsfreiheit bedroht, schloss er sich – jedenfalls teilweise – *Tocquevilles* Auffassung an, dass in modernen Gesellschaften die größten Gefahren für die Freiheit nicht vom Rechtssystem oder von Politischen System ausgehen, sondern von der Gesellschaft selbst. Beide Männer glaubten, dass in diesen Gesellschaften der Konformitätsdruck und die Konformitätslust so groß sein würden, dass sie es gar nicht nötig hätten, Ketzer zu verbrennen oder die berüchtigten Schauprozesse durchzuführen, wie sie in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion üblich waren. In diesen Schauprozessen wurden viele Menschen gezwungen, „Verbrechen“ zu gestehen, die sie gar nicht begangen hatten. Allen Menschen sollte dadurch klar werden, dass das Hauptinteresse der Gesellschaft darin lag, die Meinung der Partei zu stärken und die „Parteifeinde“ bloßzustellen. War die Gefahr für die Freiheit – nach *Mill* und *Tocqueville* – in vielfacher Weise auch beträchtlich, verhängnisvoll war sie es nicht. Damals wie heute! „Auf diese Art und Weise“, schrieb *Mill*, „wird ein *status quo* aufrechterhalten, der nach der Meinung einiger sehr befriedigend ist, weil es nach außen so scheint, dass alle vorherrschenden Meinungen ungestört vertreten werden können, und zwar ohne dass irgend jemand in einem unangenehmen Prozess bestraft oder eingesperrt werden muss. Man muss Abweichlern, die von der Krankheit des Nachdenkens geschlagen sind, nicht notwendigerweise das Nachdenken verbieten. (...) Es muss jedoch ein Preis gezahlt werden für diese Art intellektueller Pazifizierung, und das ist die Aufopferung des gesamten moralischen Muts der menschlichen Gedankenwelt.“ Und das führt dazu, „dass ein großer Teil der aktivsten und neugierigsten Intellektuellen es für ratsam hält (...) die Gründe für ihre Überzeugungen nicht zu nennen, sondern sie in ihrer Brust aufzubewahren.“

Traurig aber wahr: Das Regime der politischen Korrektheit, so wie es mit zunehmender strafender Härte in verschiedenen Bereichen heute durchgesetzt wird, ist irgendwie beunruhigender als das vergleichbare Regime, das *Mill* beschrieben hat. Abweichende Ansichten sind heute nicht (oder jedenfalls nicht immer), „absolut“ verboten, und zwar nicht einmal in amerikanischen Hochschulen. Wir hören auch nicht von Menschen, die wegen ihrer falschen Ansichten eingesperrt werden. Wir beobachten jedoch ständig, dass „aktive und neugierige Intellektuelle“ von ihren Kollegen aus der Gemeinschaft der Rechtgläubigen ausgeschlossen und von Fakultätsausschüssen, die sich der Hexenverfolgung verschrieben haben, formellen „Befragungen“ unterzogen und mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze bedroht werden, und zwar vor allem, wenn sie eine landesweite Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben. Mehr und mehr mussten viele liberale Akademiker solche „unangenehmen Vorgänge“ akzeptabel finden, von denen *Mill* und *Tocqueville* meinten, dass es auch ohne sie ginge, und das sogar in einer konformistischen Kultur, die sich um die Beachtung politisch korrekter Haltungen bemüht.

Als das einflussreiche Fakultätsmitglied meines eigenen Colleges den sog. Allgemeinen Ausschuss zu einer Sondersitzung einberief, hoffte er, einen Aufschrei zu erzeugen, der für die Gemeinschaft eine Lehre sein und in Zukunft potentielle Spalter davon abhalten würde, den Zorn der

Kollegen zu erregen. Er hatte nämlich das Dutzend von Missetätern bloßstellen wollen, von denen ein Gerücht besagte, dass sie in ihrem Brief an den Präsidenten alarmierend „abweichende“ Ansichten über bedeutsame und „sensible“ Angelegenheiten geäußert hätten. Diejenigen, die dem Ereignis beiwohnten, nahmen es als eine Art Schauprozess wahr. Ohne jede Rücksicht auf die Beweislage oder elementare Standards der Vernünftigkeit wurde die Verhandlung geführt. Sie diente nur dazu klar zu machen, dass es sich um eine Veranstaltung handelte, die der Kritiker *Lionel Trilling* einmal „eine totale kulturelle Umgebung“ genannt hatte, aufgebaut auf „festen Vorurteilen, gesteuerten Gedanken und genehmigten Haltungen“. So war es auch keine Überraschung, dass ein jugendlich leidenschaftlicher Assistant-Professor aufstand und mit klarer, selbstbewusster und entscheidungsbereiter Stimme vorschlug, dass „die Autoren des Briefes sich bei allen Anwesenden entschuldigen sollten, und zwar selbst wenn sie keine bösen Absichten gehabt haben sollten und ihr Brief gar nicht den Inhalt gehabt haben sollte, der ihm unterstellt wurde.“ Der Vorschlag ließ keinerlei Bedenken oder Unwohlsein über diese Art von Schauprozess erkennen. Es ging ausschließlich darum, dass diejenigen, die offiziell „auf der richtigen Seite“ stehen, die „Wahrheit“ für sich gepachtet haben und darauf bestehen, dass die anderen wissen, dass sie aus dem Kreis der Geretteten ausgestoßen sind.

Andere haben mit beträchtlicher Überzeugungskraft über die Gesetze geschrieben, die sogar auf Bundesebene verabschiedet wurden und die sicherstellen sollen, dass „korrektes Verhalten“ in seinen verschiedensten Ausprägungen in den Hochschulen und auch sonst im Land gewährleistet bleibt. Wir haben eine Menge gehört über „beleidigendes Sprachverhalten“ und über „Sprachregelungen“ und hatten in aller Regel, wenn auch mit einigen Vorbehalten den Eindruck, dass solche Regeln gut und notwendig sein können. Ich habe noch nie einen Akademiker – sei er nun liberal oder konservativ – getroffen, der meint, dass wir Rassisten oder Menschen, die sich eindeutig beleidigend verhalten, dulden sollten. *Donald Trump* beklagt sich über die Regelungen, die die Bürgerinnen und Bürger am Arbeitsplatz und in der Hochschule vor offenem Missbrauch und vor Einschüchterungen schützen sollen. Er hält solche Sicherungen für eine lächerliche Spielart von „political correctness“. Wir können jedoch feststellen, dass er und seine Freunde das Verhältnis von Freiheit und Verantwortung nicht verstehen, den Zusammenhang zwischen einer offenen Diskussion und einer Zivilität, die eine solche Diskussion überhaupt erst möglich macht.

Aber in Wahrheit sind die Dinge aus dem Ruder gelaufen: *Nicholas Kristof* schrieb neulich in einem Beitrag für die New York Times, dass viele Liberale „Menschen akzeptieren wollen, die nicht aussehen wie wir, solange sie nur so denken wie wir.“ Professoren geben gelegentlich zu, und zwar an Hochschulen überall im Land, dass sie sich „bei Einstellungen je nach den ideologischen Einstellungen der Bewerber diskriminierend verhalten“. In dieser Beziehung macht *Kristof* auf etwas aufmerksam, was viel schlimmer ist als eine alltägliche „Diskriminierung“. Schließlich muss jeder Berufungsausschuss unterscheiden zwischen einem Kandidaten, der mit komplexen Argumenten umgehen kann, und einem Kandidaten, dessen Interpretationen auf simpel gestrickten Ideologien beruhen. In der Tat erwarten Berufungsausschüsse von einem Kandidaten für eine Beschäftigung oder Beförderung an einer Hochschule häufig genau das, Anzeichen einer nachweislich korrekten ideologischen Haltung. Wenn *Kristof* sagt, dass „der Liberalismus zusammenbricht (...) und zur Selbst-Parodie und Hysterie wird“, dann meint er, dass die Atmosphäre, die in unseren wichtigsten Institutionen herrscht, fundamental unliberal ist. „Unliberal“ in welchem Sinne genau? In dem Sinne, dass diejenigen, die störende Fragen stellen, nicht einfach nur auf einfachen legitimen Widerstand stoßen, sondern dass von ihnen Unterwerfung verlangt wird, und zwar Unterwerfung unter ein wohlgeordnetes System, das von Bürokraten verwaltet wird, die weder Heterogenität noch Konflikte dulden. Es versteht sich, dass es bei solchen „störenden Fragen“ um die Richtung geht, die die Hochschule in Angelegenheiten einschlagen will, die die

Rasse und Ethnizität, das Geschlecht oder andere hitzige Themen betreffen. Man kann durchaus sagen, dass viele Professoren davon besessen sind, die Hochschule von Menschen zu säubern, die solche störenden Fragen stellen. *Kristof* zitiert den liberalen nachdenklichen Harvard Professor *Cass Sunstein*, der in seiner Studie über „gerichtliche Mentalitäten“ zu dem Schluss kommt, „dass die besten Gerichtsentscheidungen Mehrheits-/Minderheits-Entscheidungen sind, in denen sich die Argumente gegenüber stehen“. Das ist eine Ansicht, die völlig mit *Mill* übereinstimmt, der sich für den Streit mit These und Gegenthese aussprach. Nun wird *Mills* Meinung vermutlich bei den meisten liberalen Professoren Unterstützung finden, weil sie sie theoretisch für unanfechtbar halten. Ihr Drang jedoch, an der Hochschule eine reibungslose Umgebung mit politisch korrekten Ansichten und Haltungen zu schaffen, veranlasst viele derselben Professoren zu den vielfältigen Spielarten wütender Intoleranz, die liberale besorgte Denker wie *Kristof*, *Sunstein* und andere umtreibt.

Wer diese Art von Hysterie, die ich beschrieben habe, nicht selber miterlebt hat, wird es schwierig finden, diesen Entwicklungen so viel Aufmerksamkeit zu schenken. Man muss jedoch seine Aufmerksamkeit nur auf das richten, was heute „micro aggression“ genannt wird, um zu verstehen, worum es heute geht. Auch diese Idee hat eine ganze Anzahl von Reaktionen hervorgerufen. Auch in dieser Beziehung überrascht es nicht, dass viele Menschen, die sich an der hysterischen Diskussion über die „micro aggressions“ beteiligt haben, sich weigern zu verstehen, worum es eigentlich geht. Es gehe doch nur darum, sagen sie, eine Atmosphäre von Anstand und Respekt zu schaffen, wenn sie darauf hinweisen, gegenüber möglichen Beleidigungen ein wenig Sensibilität zu zeigen. Und dagegen kann doch eigentlich niemand etwas einwenden. Einige kleine und unbewusste „Entgleisungen“ aufzuspießen und diejenigen, die sich in der Wortwahl vergreifen, zur Ordnung zu rufen, das kann doch eigentlich nur hilfreich sein, so meinen sie. Diese Übergriffe haben nämlich mit ihren gedankenlosen, gelegentlichen Bemerkungen eine „feindliche Atmosphäre“ geschaffen, die nicht hingenommen werden kann. Es macht doch nichts, sie zur Ordnung zu rufen, auch wenn sie dadurch zu Sündenböcken abgestempelt werden und aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Oder? Ein Ausrutscher oder eine unbeabsichtigte Bemerkung verrät häufig mehr über die wirklichen Gefühle und Ansichten eines Kollegen als eine gezielte Verleumung. In dieser Beziehung wachsam zu sein, sagen diese Kollegen, heißt an einer Verbesserung der kollegialen Gemeinschaft zu arbeiten. Sie behaupten, dass das von ihnen befürwortete System der Überwachung sinnvoll und notwendig ist; mag es auch die freie und offene Diskussion beeinträchtigen und die meisten Kollegen dazu veranlassen, den Mund zu halten, allein aus Furcht, jemand unabsichtlich beleidigen zu können.

Es sind natürlich immer wieder dieselben, die den Konsens infrage stellen und nicht davon ablassen. Sie sind in der Welt der „micro aggression“ Störenfriede, die die Macht haben, mit Autorität zu sprechen. Diese „Störenfriede“ nehmen für sich in Anspruch, ihre Stimme zu erheben und sich in die hitzige Debatte zu werfen, wohl wissend, dass sie keinen Beifall zu erwarten haben. Es ist eine lächerliche Annahme, dass nur die Mächtigen ihre Stimme erheben können. Sie dient denjenigen, die sich der Idee der „micro aggressions“ bedienen, doch nur dazu, sich von Kontroversen und Unannehmlichkeiten zu schützen. Zweifellos gibt es auch wirkliche Aggressionen, Beleidigungen und beklagenswerte Zustände. Alle anständigen Menschen sind in dieser Beziehung wachsam und tun ihr Bestes, um sie zu bekämpfen. Doch die Idee der „micro aggression“ hat die Unterscheidung zwischen den wirklichen und den eingebildeten Problemen, zwischen wichtigen und trivialen Fragen verdunkelt, und sie hat die Tendenz verschärft, ein enges und repressives Verständnis von „political correctness“ durchzusetzen.

Das Ergebnis dieser neuesten Entwicklung ist nun, dass „political correctness“ den politischen und kulturellen Diskurs, bei dem Intellektuelle etwas zu sagen haben, beherrscht. Das zeigt sich manchmal deutlich auf eine verwirrende Art und Weise. Ein führender schwarzer Intellektueller, der auf einer Reihe universitärer Konferenzen fünfzig Jahre nach seinem Erscheinen über den immer noch umstrittenen Moynihan Report redet, sagt vor großem Publikum, dass es fast unmöglich ist, in einer öffentlichen Diskussion über die „schwarze Familie“ oder das „Leben der Schwarzen“ in Amerika zu sprechen. Warum? Mit welchen Absichten auch immer man das macht, man sieht sich unvermeidlich dem Vorwurf ausgesetzt, den Opfern die Schuld zuzuweisen. Es könnte ja sein, dass ein Teil der Probleme, die schwarze Amerikaner heute haben, mit dem Zusammenbruch der „schwarzen Familie“ zusammenhängt, den Moynihan seinerzeit geschildert hat. Viele liberale Intellektuelle halten heute seriöse Untersuchungen in dieser Richtung für eine besonders schwere Verletzung eines Konsensus, der für unbestreitbar gehalten wird. Niemand – und das zeigt sich auch hier – kann etwas dagegen haben, den Moynihan Report zu diskutieren und seine Thesen zu widerlegen. Das Problem ist nur, dass schon der Wunsch, sich damit überhaupt zu beschäftigen, als Grenzüberschreitung angesehen wird.

Es gibt heute rhetorische Formeln, die allgemein akzeptiert sind, die früher aber für naiv, unsinnig oder noch schlimmer gehalten wurden. Formulierungen, die man aufgrund der überall und insbesondere in den Hochschulen verbreiteten kollektiven Sprachregelungen heute nicht infrage stellen darf, ohne für unkorrekt und anmaßend gehalten zu werden. Im vergangenen Herbst begann ein prominenter amerikanischer Intellektueller bei einer öffentlichen Konferenz mehrere Sätze mit Formulierungen wie z. B. „Weiße denken“, „Weiße fühlen“ oder „Weiße können nicht verstehen“ usw. Solche Formulierungen schienen mir, für sich genommen, nicht „unkorrekt“ zu sein, und zwar im Sinne von „unaussprechlich“ oder „beleidigend“, sondern vielmehr im Sinne eines älteren Verständnisses von „unkorrekt“ absurd zu sein, weil sie die Weißen als eine Gruppe von Weißen definieren, die gleich denken und fühlen und die deshalb vieles nicht verstehen können. Andere Menschen, die zu anderen Gruppen gehören, verstehen dagegen ... Was eigentlich? Alles? Als ich in einer öffentlichen Versammlung fragte, ob der Begriff „Weiße“ dazu dienen sollte, um die verstorbene südafrikanische Schriftstellerin *Nadine Gordimer*, die Kolumnistin von NATION *Katha Pollitt* als auch den Schriftsteller *Russell Banks* zu bezeichnen, hieß es, dass diese Art von „Weißen“ natürlich nicht gemeint gewesen seien. „Dann aber“ so sagte ich, „sind solche Formulierungen absichtlich unscharf; ja schlimmer noch, sie werden unsinnig, wenn sie von Hörern und Lesern übernommen werden, die leicht zu beeindrucken sind.“

Als ein Intellektueller, der sich selbst ernst nimmt, sollte man auf der Hut sein, als Beispiel für eine Haltung in Anspruch genommen zu werden, die heutzutage der politischen Unkorrektheit schuldig ist, nur wenn man sich – auf sehr respektvolle Art und Weise – gegen eine solche Rhetorik ausspricht, die absichtlich und ansteckend unpräzise formuliert. Ein Student sagte mir nach jener öffentlichen Veranstaltung: „Wie können Sie es wagen, einer solchen Redeweise zu widersprechen, obwohl Sie doch genau wissen, was der Ausdruck ‚Weiße‘ meint!“ „Er meint“, erwiderte ich, „dass es heute sogar in der Universität in Ordnung ist, unmögliche und missverständliche Dinge zu behaupten, ohne damit rechnen zu müssen, dass irgendjemand widerspricht“. Und die Folge dieser Tatsache ist, dass die meisten Intellektuellen schweigen, um nicht in Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden, in denen die intellektuelle Unehrllichkeit die Herrschaft hat.

Die universitären Intellektuellen sind außerordentlich anfällig für die verschiedenen Spielarten kollektiven Denkens, die ich zitiert habe. Leser, die die universitäre Welt nicht von innen kennen, haben vielleicht keine Lust, sich das anzuhören; doch es gibt eine ganze Reihe von zwingenden Beweisen dafür. Wenn Professoren argumentieren, dann streben sie eher danach „scheinbar

im Recht zu sein, als recht zu haben“, wie *Jonathan Haidt* in „*The Righteous Mind*“ geschrieben hat. „Sie suchen nach Gründen, um sich selbst davon zu überzeugen, dass sie ‚das Richtige‘ gesagt haben“. Abweichende Meinungen, die früher einmal als Anzeichen für eine robuste und streitbare intellektuelle Kultur galten, werden in einer Gemeinschaft, die sich anstrengt, eine „totalitäre Kultur“ zu werden, zunehmend nicht mehr toleriert. Und das im Rahmen einer Gemeinschaft, die doch darauf stolz ist, sich den gemeinsamen Werten der „Aufklärung“ verpflichtet zu fühlen! Neue Ideen, neue Wahrheiten und ungewöhnliche Arbeiten mögen zwar ab und zu die bequemen Ansichten, auf die man sich geeinigt hat, erschüttern; doch dies unterstreicht nur das offizielle Selbstverständnis der Universität, das *Peter Wason* durch einen „confirmation bias“ gekennzeichnet hat. Dieser „confirmation bias“ stellt nämlich sicher, dass neue Ideen und neue Wahrheiten – mögen sie auch noch so verstörend und herausfordernd sein – nur dann Akzeptanz finden, wenn sie mit dem „aufgeklärten Konsensus“, auf den man sich geeinigt hat, in Übereinstimmung stehen. Die hoch gebildete Professorenschaft – das haben vielfältige psychologische Tests herausgefunden – neigt keinesfalls stärker zu einem unabhängigen Denken als eine weniger privilegierte Gruppe von Menschen, und das heißt, dass sie nicht zu unkonventionellem Denken neigen und aus frischen Ideen etwas anderes ableiten als die altbekannten Folgerungen. *Haidt* bemerkt aufgrund der Forschungsergebnisse von *David Perkins*, dass Professoren tendenziell einen überdurchschnittlichen IQ haben, und sie können deshalb „mehr Gründe finden“ um zu beweisen, was sie für richtig halten. Menschen mit einem hohen IQ, wie z. B. Professoren, finden „nur eine größere Anzahl von Argumenten, die für ihre Ansichten sprechen“, sind jedoch keinesfalls besser als andere Menschen, „wenn es darum geht, Argumente für die andere Seite zu finden“. Dies ist besonders beunruhigend – oder es sollte jedenfalls besonders beunruhigend sein –, wenn es um eine Institution wie die Universität geht, deren zentrale Aufgabe doch Vermittlung der Vielfalt von Ideen und Ansichten ist und der Widerstand gegen die herrschende Meinung.

Doch die Professoren benehmen sich zunehmend wie die Mitglieder von Interessengruppen. Sie rechnen sich zu einer politisch tugendhaften Elite. Als Zeichen ihrer Zugehörigkeit zu dieser Elite vertreten und pflegen sie ihre besonderen Ansichten. Früher konnte man natürlich annehmen, dass eine solche Interessengruppe die Meinungsvielfalt fördern würde, zumal sie sich der Erziehung sichtbar verpflichtet fühlte, und sei es auch nur, um unseren „confirmation bias“ zu schwächen, der zu dem gehört, was *Haidt* unseren „argumentativen Geist“ nennt. Dem ideologischen Trend in der heutigen Universität erscheint deshalb der „confirmation bias“ nicht als Gefahr, sondern als eine erwünschte Erscheinung unserer gemeinsamen Bestrebungen. Die „politisch korrekten“ Professoren können es heute anscheinend nicht ertragen, dass andere gebildete Menschen, die durchaus Respekt verdienen, bei emotional belasteten Problemen anderer Ansicht sein können als sie selber. Sie nehmen es übel, wenn man sagt, dass die Universität ein Raum sein sollte, in dem Individuen danach streben können, herrschende Meinungen infrage zu stellen. Die in der Universität erhobene Forderung nach sogenannten „geschützten Räumen“ ist ein Verlangen nach einer Umgebung, in der sich niemand mehr traut, etwas zu sagen. Was *Camus* einst „den freien Meinungsaustausch“ nannte, wird heutzutage weitgehend als ein Bereich angesehen, zu dem nur noch diejenigen Zutritt haben, die ihre zugerichteten „korrekten Meinungen“ vertreten und die dort nur noch eine „Vielfalt des Gleichen“ zulassen.

Verf.: Robert Boyers, Skidmore College, E-Mail: rboyers@skidmore.edu

(Übersetzt aus dem Englischen von Antonia Kaestner, Robert Bosch College, Freiburg, E-Mail: antonia.kaestner@gmail.com, und Ingo Richter, Irmgard Coninx Stiftung, Berlin, E-Mail: ingo.richter@t-online.de)